

POSITIONSPAPIER

Mitmischen erwünscht – Partizipation von Kindern und Jugendlichen neu denken

„Einige Kinder werden Wissenschaftler, aber alle Kinder werden Bürger.“
(Pierre Lena)

Demokratie lebt von Partizipationsmöglichkeiten für alle

In vielen Situationen – ob im Jugendverband, in der Familie oder an der Wahlurne – ist es wichtig, dass junge Menschen lernen, ihre Interessen zu formulieren und einzubringen, um sie im Austausch mit anderen zu vertreten und durchzusetzen. So erleben Sie die Welt und die Gesellschaft, in der sie leben, als demokratisch und gemeinsam veränderbar. **Denn unsere Demokratie – und auch Köln – braucht engagierte Demokratinnen und Demokraten.**

In Köln gibt es eine lange Tradition, Kinder und Jugendliche an der Entwicklung unserer Stadt teilhaben zu lassen. So werden Spielplätze nicht ohne Kinder geplant, Schüler*innenvertretungen bringen ihre Meinung in den Schulalltag ein, die Rathausschule vermittelt seit 25 Jahren Wissen zur Arbeitsweise von Kölner Kommunalpolitik und Stadtverwaltung und beim jährlichen „Tag der Jugend im Rathaus“ wird dies praktisch erlebbar gemacht. In der Kinder- und Jugendarbeit ist Partizipation ein wichtiges Qualitätsmerkmal. Allerdings werden viele politische Äußerungen von Kindern und Jugendlichen noch nicht als solche erkannt und werden von Entscheidungsträgerinnen und –trägern viel zu selten ernsthaft berücksichtigt.

Mit den vorhandenen Methoden gelingt es zudem nicht, **alle** jungen Menschen zu erreichen und in die Gestaltung Kölns einzubeziehen. Es hat aber jedes einzelne Kind und jede und jeder einzelne Jugendliche ein Recht auf Beteiligung – das ist nicht nur ein moralischer Aufruf, sondern mit der UN-Kinderrechtskonvention auch geltendes Recht. Und wir brauchen jedes einzelne Kind und jede und jeden einzelnen Jugendlichen, um ein friedliches und selbstbestimmtes Zusammenleben dauerhaft zu etablieren. Für die SPD-Fraktion ist Partizipation kein Privileg für bildungsnahe und ressourcenstarke Schichten, sondern unbedingte Voraussetzung für unser demokratisches Zusammenleben.

Dabei leitet uns ein **umfassendes Teilhabe- und Bildungsverständnis**, in dem erfolgreiche Bildungsabschlüsse nur eine Seite derselben Medaille sind. Für uns gehört die Inklusion aller in ein gesellschaftliches Miteinander ebenso zum Bildungsauftrag unserer Gesellschaft und ihrer Institutionen.

SPD-Fraktion wünscht sich lernendes System für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Wir benötigen in Köln einen Diskurs über die zukünftige Ausrichtung von Partizipation über das Bestehende hinaus. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass die Stadtverwaltung sich schon seit längerem mit einer Weiterentwicklung auseinandersetzt und dabei Politik, Selbstorganisationen junger Menschen und freie Träger der Jugendhilfe miteinbezieht. Dafür spricht auch die Aufnahme der Themas Partizipation in den aktuellen Kinder- und Jugendförderplan als wichtigem Instrument der Jugendpolitik. Wir begrüßen auch die von der Stadtverwaltung geplante Jugendbefragung als Anstoß, die Perspektiven von jungen Menschen für unterschiedliche Politikfelder sichtbar zu machen.

Wir verstehen unser Positionspapier, das wir gemeinsam mit der **SJD-Die Falken** als einem in den Themen Kinderrechte und Partizipation seit langem erfahrenen Jugendverband entwickelt haben, als Beitrag zur aktuellen Debatte. Dazu machen wir im Folgenden erste Maßnahmenvorschläge zur Stärkung von Mitsprache und Selbstorganisation. Wir wollen – entlang des Lebenslaufs von Kindern und Jugendlichen – Bestehendes und Bewährtes weiterentwickeln und Neues ausprobieren und freuen uns auf ein gemeinsames Denken mit jungen Menschen, anderen demokratischen Parteien, Trägern und der Stadtverwaltung. Das gemeinsame Ergebnis soll in die Gesamtstrategie der Kölner Stadtverwaltung zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger einfließen.

Maßnahmenvorschläge der SPD-Fraktion

M1 Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros

Leitgedanke:

Nach Auffassung der SPD-Fraktion muss die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen professionell unterstützt werden. Gerade mit Blick auf die Wirksamkeit von entwickelten Ideen bedarf es einer vermittelnden Stelle hin zu Politik und Verwaltung, die die Umsetzung neuer Ideen unterstützt, damit diese nicht im Sande verlaufen.

Eine solche Stelle muss „in den Händen von Kindern und Jugendlichen“ liegen und in ihrem Sinne agieren können. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollten deswegen Jugendverbände als Selbstorganisationen junger Menschen in besonderer Weise eingeladen sein, Verantwortung bei der Trägerschaft eines Jugendbüros zu übernehmen.

Maßnahme:

Die SPD-Fraktion schlägt daher vor, ein Kinder- und Jugendbüro in der Trägerschaft des Kölner Jugendrings einzurichten, das als Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und Bindeglied in Politik und Stadtverwaltung tätig wird. Es könnte darüber hinaus den Auftrag erhalten, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Köln zu koordinieren und weiterzuentwickeln. Die im Folgenden vorgeschlagenen Maßnahmen könnten durch das Kinder- und Jugendbüro in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung umgesetzt werden.

M2 Rathauschule und Tag der Jugend neu auflegen

Leitgedanke:

Die Rathauschule hat zum Ziel, Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die Arbeit des Stadtrates und der Stadtverwaltung zu geben und das Rathaus als Ort der politischen Willensbildung und -umsetzung zu erkunden. Kinder und Jugendliche können so lernen, wie Entscheidungsprozesse in einer Kommunalverwaltung in Zusammenspiel mit dem Rat entstehen und diese letztlich auch eigenständig beim Tag der Jugend im Rathaus miterleben und bewirken.

Maßnahme:

Die Rathausschule, die auch den „Tag der Jugend im Rathaus“ organisiert, erreicht in ihrer jetzigen Form eine zu geringe Anzahl an Schülerinnen und Schülern. Zudem sind sowohl die Methoden als auch die Materialien, mit denen hier das Wissen vermittelt und erfahrbar gemacht wird, in die Jahre gekommen. Die SPD-Fraktion möchte daher die Verwaltung beauftragen, eine Neuauflage der beiden Konzepte zu erarbeiten, die künftig eine größere Anzahl an Schülerinnen und Schülern erreicht. Bereits erprobte Modelle und Erfahrungen zu einer sich einmischenden Jugendpolitik in anderen Kommunen, wie sie durch den Landesjugendring und die Landesjugendämter diskutiert werden, sollten dabei einbezogen werden.

M3 Beteiligungsprojekte für Kinder und Jugendliche im Sozialraum / Veedel

Leitgedanke:

Kinder und Jugendliche interessieren sich vor allem für ihr direktes Umfeld und wenn sie Projekte mitgestalten können, die sie direkt betreffen. Dies ist unmittelbar der Fall, wenn Kinder und Jugendliche Zielgruppe der betroffenen Infrastruktur oder der Angebote sind. Kinder und Jugendliche können jedoch auch einen wertvollen Input geben, wenn sie nicht die alleinige Zielgruppe sind, zum Beispiel bei der Entwicklung von Sportanlagen, der Planung einer neuen Bahnhaltestelle oder auch bei städtebaulichen Entwicklungen.

Maßnahme:

Die SPD-Fraktion möchte die Jugendverwaltung beauftragen, unter Beteiligung der Bezirksjugendpflege und der Sozialraumkoordination Projekte in unterschiedlichen Bereichen der Stadtverwaltung zu identifizieren, bei denen die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erprobt wird. Im Sinne eines lernenden Systems können weitere Projekte sukzessive hinzukommen. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist dabei für die Stadtverwaltung eine Ressource, die einen zusätzlichen Blickwinkel ermöglicht. Dabei sollte besonders darauf geachtet werden, dass die beteiligten Kinder und Jugendlichen über den Umgang mit ihren Ideen informiert werden.

M4 Modellprojekt Jugendforum

Leitgedanke:

Die Beteiligungsprojekte in den Sozialräumen und Veedeln können auch bei bereits bestehenden Jugendforen in bestimmten Stadtbezirken angedockt werden. Die Möglichkeit der Einflussnahme der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Jugendforen auf Entscheidungen im Bezirk ist derzeit sehr begrenzt. Die bestehenden Jugendforen sind sehr unterschiedlich verfasst. Oftmals fehlt ein Bindeglied in Rat und Stadtverwaltung, um den Anliegen auch Gehör zu verschaffen. In einem Modellprojekt soll in einem Bezirk eine Weiterentwicklung eines bestehenden Jugendforums oder eines neuen Jugendforums – ggf. unter Beteiligung der örtlichen Schüler*innenvertretungen erprobt werden.

Maßnahme:

Die Stadtverwaltung soll die Einrichtung eines neuen Jugendforums konzeptionell vorbereiten und gemeinsam mit einem Träger, z.B. dem Kölner Jugendring, initiieren. In einem Modellversuch sind hier neue Wege zu gehen und Methoden auszuprobieren.

M5 Modellprojekt Schuldependancen

Leitgedanke:

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Schulverwaltung an verschiedenen Stellen in der Stadt Dependance- und Teilstandortlösungen für Schulen umgesetzt. Auch in der aktualisierten Schulentwicklungsplanung sind weitere Dependance-Möglichkeiten vorgeschlagen. Die dadurch herbeigeführte organisatorische Trennung des Schulalltags auf zwei Standorte hat Auswirkungen auf die Lehrerinnen und Lehrer und erfordert einen erhöhten Abstimmungs- und Koordinationsaufwand. Sie bedeutet aber auch, dass die Schülerschaft geteilt wird und sich anders organisieren muss, wenn es um gemeinsame Aktivitäten geht.

Maßnahme:

In der Gesamtschule Höhenhaus mit der Dependance in Dellbrück besteht derzeit insbesondere die Problematik, die gemeinsamen Sitzungen der Schüler*innenvertretung an weit voneinander entfernten Teilstandorten

sicherzustellen. Die SPD-Fraktion schlägt daher vor, ein Modellprojekt aufzulegen, in dem die Verwaltung mit den Schülerinnen und Schülern der beiden Dependancen gemeinsam diese und weitere Fragen der Organisation des gemeinsamen Schullebens an zwei Standorten erarbeitet. Dieses Modellprojekt kann bei guten Erfolgen auch auf weitere Dependance-Standorte übertragen werden. Eine Steuerung über das Jugendbüro oder einen Träger ist ebenfalls denkbar.

M6 Plattform Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Leitgedanke:

Derzeit wird an keiner Stelle gesammelt darauf hingewiesen, auf welche Weise sich Kinder und Jugendliche an Prozessen in der Verwaltung und in der Politik beteiligen können. Die entsprechenden Informationen müssen zudem in kinder- und jugendgerechter Weise aufbereitet werden.

Maßnahme:

Um Informationen zu Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen möglichst breit zu streuen und den Einstieg so leicht wie möglich zu machen, müssen die Angebote an zentraler Stelle und für Kinder und Jugendliche ansprechend zugänglich sein. Ein erster Einstieg über eine Internetplattform oder eine App stellt für viele Jugendliche eine geringere Hürde dar, als ein Verwaltungsgebäude direkt aufzusuchen. Das unter M1 vorgeschlagene Jugendbüro könnte mit dem Betrieb dieser Plattform und einer entsprechenden Kampagne beauftragt werden.

M7 Fortbildungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und für Ratspolitikerinnen und -politiker

Leitgedanke:

In der Stadtverwaltung und in der Politik wurde die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bislang eher in Zusammenhang mit Themen und Projekten gesehen, die Kinder und Jugendliche direkt als Zielgruppe begreifen. Erfreuliche Ausnahmen, wie beispielsweise die Projekt „Stadt mit Zukunft“ oder auch „Wohnen in Köln. (K)ein Kinderspiel“ konnten leider nicht verstetigt werden. Es kann jedoch auch einen erheblichen Gewinn bringen, Kinder und

Jugendliche im Sinne eines umfassenden Teilhabe- und Bildungsverständnisses in anderen Prozessen und Planungen zu beteiligen, denn die zukunftsweisenden Projekte in unserer Stadt werden in einigen Jahren ihr Lebensumfeld als Erwachsene prägen. So kann früh erlernt werden, welche Möglichkeiten der Beteiligung es gibt und an diesen teilzunehmen.

Maßnahme:

Sowohl für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung als auch für viele Ratspolitikerinnen und –politiker gehört die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Einbeziehung ihrer Interessen nicht zum alltäglichen Geschäft. Daher sollen Fortbildungen in diesem Bereich angeboten bzw. bei externen Anbietern vorgeschlagen werden. Auch hierbei könnte dem Kinder- und Jugendbüro eine Steuerungsfunktion zukommen.

Die SPD-Fraktion betrachtet diese Auswahl an Denkrichtungen und Maßnahmen für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als erste Leitplanken für die Weiterentwicklung dieses wichtigen Themas. Wir freuen uns auf eine gemeinsame, lebhafte Debatte und gute Ergebnisse für die Kinder und Jugendlichen in Köln!